

**Stoppt
Sozialabbau
und
Billiglöhne**

**Rhein-Main-Bündnis
gegen Sozialabbau und Billiglöhne**

Rente mit 67 = Altersarmut und Rentenklau

Der Bundestags hat beschlossen: Die Rente mit 67 wird ab 2012 schrittweise eingeführt. Das geht überhaupt nicht anders, sagen die Politiker fast aller Parteien. Die Menschen würden immer älter. Eigentlich müssten sie bis 70 arbeiten, damit die Rente bezahlbar bleibt.

Tatsächlich leben heute die Menschen im Durchschnitt länger. Und das ist gut so.

Aber deswegen muss noch lange nicht ihre Lebensarbeitszeit verlängert werden.

Erstens können sehr viele Arbeitnehmer nicht länger arbeiten, weil sie ausgelaugt und oft ernsthaft krank sind.

Zweitens will die Wirtschaft die Älteren gar nicht haben. Sie drängt sie mit Gewalt aus dem Erwerbsleben raus.

Drittens haben die ArbeitnehmerInnen während ihres Erwerbslebens so viel Reichtum geschaffen, dass ihre Renten schon längst erwirtschaftet sind.

Heute gehen ArbeitnehmerInnen im Durchschnitt mit 60,7 Jahren in Rente, nur ein Drittel ist noch über 60 hinaus berufstätig. Warum sollte das anders werden? Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit schafft keine Arbeitsplätze. Wenn die ArbeitnehmerInnen aber gar nicht länger arbeiten können, werden sie weiterhin weit vor dem 67sten Lebensjahr aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen. Aber weil das Renteneintrittsalter raufgesetzt wird, müssen dann noch höhere Abschläge von der Rente in Kauf genommen werden. Die jetzt schon kümmerliche Rente sinkt. Massenhafte Altersarmut ist vorprogrammiert.

Wer ist für wen zu teuer ?

Führende Vertreter der Wirtschaft jammern ständig, dass die schrecklich langlebigen Rentner nicht mehr zu finanzieren seien. Aber sie verschweigen eine ganz entscheidende Tatsache:

Die gewaltig gestiegene Produktivität der Wirtschaft.

Das Volkseinkommen, das ist die Summe aller Arbeits- und Kapitalerträge pro Jahr, stieg von 1950 bis 2009 nahezu um das 23-fache. 1950 betrug es 2007 Euro pro Kopf; 2009 betrug es aber 46.194 Euro pro Kopf. Dieser immens gestiegene gesellschaftliche Reichtum würde ausreichen, um die längere Lebenszeit der ArbeitnehmerInnen auszugleichen und ihnen anständige Renten zu bezahlen. Aber die Reichen und ihre Wirtschaftskapitäne wollen den gestiegenen Reichtum in ihre eigene Tasche wirtschaften. Die Rentner, ihre ehemaligen Arbeitnehmer, die den Reichtum geschaffen haben, wollen sie mit Almosen abspeisen. Die ArbeitnehmerInnen dürfen sich das nicht gefallen lassen. Sie wollen mit 60 Jahren in Rente und im Alter auskömmlich leben. Deswegen fordern wir:

Altersrente mit 60 für alle Mindestrente in Höhe von 1000 Euro brutto



Damit die Arbeiterinnen und die unteren Angestellten überhaupt etwas von ihrem Lebensabend haben, muss die Rente mit 60 Jahren ohne Abschläge möglich sein. Damit Altersarmut verhindert wird, muss eine Mindestrente von 1000 Euro brutto her. Keinem Rentner und keiner Rentnerin darf zugemutet werden, im Alter zum Sozialamt gehen zu müssen.

Diese Forderungen sind finanzierbar:

Die Beitragsbemessungsgrenzen (5400 Euro West - 4550 Euro Ost) müssen aufgehoben werden.

Alle Erwerbstätigen müssen in die Pflichtversicherung einbezogen werden.

Heute bezahlen auch gut verdienende Arbeitnehmer Rentenbeiträge nur bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze. Wenn man diese Grenze aufhebt und die Beiträge nach dem wirklichen Einkommen bemisst und wenn man gleichzeitig alle Erwerbspersonen in die Rentenkassen einbezieht, erhält die Rentenkasse erheblich mehr Einnahmen.

Der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung darf nicht eingefroren werden.

Die Renten werden zum größten Teil aus Beiträgen finanziert (zur Zeit 19,9 %). Arbeitgeber und Arbeitnehmer erbringen sie je zur Hälfte. Wie in der Krankenversicherung wollen die Arbeitgeber daraus aussteigen und nur noch einen festen Beitragsprozentsatz zahlen. Deswegen haben sie durchgesetzt, dass die Beiträge zur Rentenversicherung 22 % nicht übersteigen dürfen. Alles, was darüber hinaus nötig ist, um eine ausreichende Rente zu sichern, sollen die Arbeitnehmerinnen selbst über freiwillige Zusatzversicherungen bezahlen.

Dagegen wenden wir uns. Der Rentenbeitrag muss so gestaltet werden, dass daraus ohne Zusatzversicherung ausreichende Renten bezahlt werden können.

Wir fordern deswegen:

Die staatliche Förderung privater Rentenverträge muss eingestellt werden.

Das "Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne" trifft sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat - jeweils 18 Uhr 30.

Ort: Frankfurt/M, DIDF-Verein, Hanauer Landstr. 1-3

(Der Eingang zum DIDF-Verein befindet sich zwischen Schlecker-Markt und Gaststätte "Zoooase". Bei DIDF klingeln, Aufzug benutzen, "Z" (Zwischengeschoss) drücken. Zugang zu den Räumlichkeiten nur über den Aufzug möglich.)

Weitere Informationen: www.rmb-ffm.de